



Regierungserklärung
von Ministerpräsident Stefan Mappus MdL

am 28. Juli 2010

**„Baden-Württemberg im Aufschwung:
Neue Chancen durch nachhaltiges Wachstum“**

Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Baden-Württemberg hat die schwerste globale Wirtschaftskrise seit seiner Gründung hinter sich gelassen. Noch vor einem Jahr bestimmten Rekordeinbrüche bei Aufträgen und bei Umsätzen in den Unternehmen die Lage. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg war die Weltwirtschaft in Gänze geschrumpft. Der Welthandel hatte mit einem Einbruch um fast 12 % den stärksten Rückgang seit der Großen Depression in den 1930er Jahren erlitten. Zum ersten Mal in der modernen Wirtschaftsgeschichte waren zeitgleich alle Länder und alle Märkte rund um den Globus von den Krisengeschehnissen betroffen.

Ich war in den Betrieben und habe mit Mittelständlern gesprochen, denen im Herbst 2008 von einem Tag auf den anderen die Hauptauftraggeber in den USA und in Asien einfach abgesprungen sind. Ich habe Unternehmen besucht, die den Bau ihrer neuen Werkshalle stoppen mussten und den Rohbau versiegelt haben, weil plötzlich niemand mehr wissen konnte, wie es weitergeht. Ich habe gesehen, welche Spuren die Krise durch unser Land gezogen hat.

Aber ich habe nirgends erlebt, dass Unternehmer, Schichtleiter oder Mitarbeiter an der Werkbank mit Panik oder Pessimismus auf diesen harten Stresstest für unsere gesamte Wirtschaft reagiert haben.

Dabei herrschte an düsteren Prognosen und Schreckensszenarien ja kein Mangel – auch und gerade für Baden-Württemberg und seine Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, noch vor Monaten hatten auch in diesem Haus, an diesem Platz einige Redner Bilder von „Massenentlassungen“ und „massenhaften Insolvenzen“ an die Wand gemalt. Einige besonders eifertige Kriseninterpreten kündigten schon den Niedergang Baden-Württembergs an und sprachen von „Deindustrialisierung“.

Was wir heute aber tatsächlich erleben, meine Damen und Herren, ist das exakte Gegenteil davon.

Baden-Württemberg hat die Krise genutzt. Unsere Unternehmen haben sich neu aufgestellt, ihr Know-How weiterentwickelt, Mitarbeiter geschult, Produkte verbessert und Prozesse optimiert.

Wirtschaft, Sozialpartner und Politik im Land haben an einem Strang gezogen und den Weg dafür bereitet, dass wir jetzt – im neuen Aufschwung – wieder voll durchstarten können.

Die aktuellen Zahlen aus der Wirtschaft zeigen eindrucksvoll, dass dieser Start gelungen ist und dass wir im Steigflug sind.

- Die Nachfrage nach Industrie Produkten made in Baden-Württemberg lag in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um 30 % über dem Vorjahreswert.
- Schon den siebten Monat in Folge gab es in der Industrie mehr Aufträge als im Vorjahresmonat.
- Die Autoindustrie im Land verzeichnet aktuell ein Auftragsplus von 37 % im Vergleich zum letzten Jahr.
- Die Maschinenbauunternehmen melden sogar 63 % mehr Aufträge. Dabei liegen die Zugewinne bei den Neuaufträgen im Maschinen- und Anlagenbau in Baden-Württemberg nach Zahlen des VDMA fast zehn Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

Die Umsätze der baden-württembergischen Industrie sind im Jahresvergleich fast um ein Fünftel gestiegen.

- Bosch hat im ersten Quartal 25 % mehr umgesetzt.
- Bei MAHLE waren es 30 %.
- Und der Dichtungshersteller ElringKlinger kommt sogar auf 40 % Zuwachs.

Keine Frage: Einige Branchen und Betriebe haben noch mit den Folgen und Auswirkungen der Krise zu kämpfen, und wir können noch nicht in allen Bereichen Entwarnung geben.

Aber wahr ist eben auch: Viele Unternehmen, gerade in den industriellen Schlüsselbranchen des Landes werden die krisenbedingten Rückschläge deutlich schneller als erwartet ausgleichen.

Der Werkzeughersteller Mapal mit Hauptsitz in Aalen z. B. geht davon aus, dass die Umsatzrückgänge aus dem Jahr 2009 schon in diesem Jahr dank einer umsichtigen Strategie und neuer Produkte wieder wettgemacht werden können. Die großen baden-württembergischen Premium-Autobauer kommen kaum noch mit der Produktion nach.

„Noch nie hat sich die Lage in einem so atemberaubenden Tempo zum Besseren gewendet“, heißt es bei Daimler. Mercedes hat das Auslastungsniveau von vor der Krise fast wieder erreicht und meldet den besten Juni in der Unternehmensgeschichte. Bei Audi in Neckarsulm und bei Daimler in Untertürkheim werden Sonderschichten gefahren.

Betriebsräte und Unternehmensführungen haben Samstagsarbeit vereinbart. Werksferien fallen aus oder werden verkürzt, und auch viele Mittelständler fahren ihre Produktion massiv nach oben.

Meine Damen und Herren, das sind gute Nachrichten für Baden-Württemberg, für unsere Wirtschaft und für uns alle im Land.

Ich bin froh, dass die Bänder wieder laufen und dass die Schaffer im Land endlich wieder richtig anpacken können. Ich stelle fest, dass das fast schon im Mode gekommene Gerede davon, dass unsere Industrie an den Märkten vorbei produziere, dass der technologische Wandel verpasst und Entwicklungen versäumt worden seien, klar widerlegt worden ist.

Das Gegenteil ist nämlich der Fall.

Es sind die Investitionsgüterindustrie und die zuletzt dauernd kritisierte Exportorientierung unserer Wirtschaft, die uns aus der Krise herausziehen. Meine Damen und Herren, Tatsache ist doch: Die Welt steht wieder Schlange für Produkte aus Baden-Württemberg.

- Die Zahl der Aufträge aus dem Ausland für unsere Industrie wächst überdurchschnittlich, nämlich um 37 %.
- Das kommt doch nicht von ungefähr.
- Baden-württembergische Produkte sind wettbewerbsfähig.
- Sie gehören technisch gesehen zum Besten auf der Welt, sie setzen Trends und Maßstäbe.

Davon war ich schon immer überzeugt im Gegensatz zu manch anderen in diesem Haus. Ich habe schon oft gesagt: Genau so wie Baden-Württemberg stärker als andere von den globalen Nachfrageeinbrüchen betroffen war, genau so werden wir nach der Krise auch wieder stärkere Aufschwungkkräfte haben, als andere sie mobilisieren können.

Der Standort Baden-Württemberg meldet sich als *der* Konjunkturmotor Deutschlands zurück.

Meine Damen und Herren,
unsere Wirtschaft ist in Struktur und Substanz kerngesund.

Wir sind und bleiben *der* Leuchtturm für Innovation, für Spitzentechnologie, für Wohlstand und für neues Wachstum. Das ist auch für die Zukunft das zentrale Ziel meiner Politik.

Die spannendste Erfolgsgeschichte im Kampf gegen die Krise schreibt aber der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg. Hier haben wir alle gemeinsam etwas ganz Erstaunliches geschafft: Nach dem härtesten Rückschlag, den die Weltwirtschaft seit 80 Jahren erlitten hat, liegt die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg heute bei 4,7 %. Das ist der tiefste Wert seit Januar 2009 und liegt damit auf Vorkrisenniveau.

Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, in dem die Arbeitslosigkeit im Juni im fünften Monat in Folge gesunken ist. Kein anderes Bundesland in Deutschland hatte in diesem Jahr eine so günstige Entwicklung genommen wie Baden-Württemberg.

Die Zahl der offenen Stellen steigt wieder spürbar an. Die Kurzarbeit hat landesweit in den ersten fünf Monaten des Jahres 2010 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2009 um rund 90 % abgenommen. Einige Unternehmen wie ZF in Friedrichshafen verzichteten wegen der guten Auftragslage auf geplante Stellenstreichungen.

Und – was mir besonders am Herzen liegt – die Jugendarbeitslosigkeit steht aktuell bei 3,2 %, also so niedrig wie vor der Krise in Juni 2008.

Meine Damen und Herren, das zeigt: Gerade die Talente und Chancen junger Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen wollen und die motiviert ins Leben starten, werden nicht zu leichten Opfern der Krise. Das ist für mich eine besonders wichtige und besonders ermutigende Feststellung.

Wir können mit Recht sagen: Die schwerste Wirtschaftskrise seit der Gründung des Landes bleibt in Baden-Württemberg ohne dauerhafte negative Folgen für den Arbeitsmarkt. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn wenn man einmal über die Landesgrenzen hinaus blickt, so zeigt sich folgendes Bild:

- EU-weit stieg die Arbeitslosigkeit von 6,9 % vor der Krise auf 9,6 % im Mai dieses Jahres.
- Großbritannien erlitt im gleichen Zeitraum einen Anstieg von rund 5 % auf zuletzt knapp 8 %.
- In den USA hat sich die Arbeitslosenquote von 5 % im April 2008 auf 9,7 % sogar fast verdoppelt.

Ich bin deshalb dankbar für jede Stelle in Baden-Württemberg, die nicht gestrichen wird, und für jeden einzelnen Arbeitsplatz, der gesichert werden konnte.

Ich bin außerdem dankbar für jede Familie, die ihr Einkommen behalten hat, die bei allen Unsicherheiten und Einschränkungen weiter die Raten für das Haus und die Sportvereinsbeiträge für die Kinder bezahlen konnte.

Ich bin weiter dankbar für jeden Betrieb, in dem flexible Lösungen gefunden wurden, um die Krise zu überbrücken.

Meine Damen und Herren, was Betriebsräte, Unternehmen und Beschäftigte zusammen geleistet und erreicht haben, darauf können wir stolz sein. Ich möchte vor allem an die Tarifpartner, die in der Krise unglaublich verantwortungsvoll vorangegangen sind, am heutigen Tage ein herzliches Dankeschön sagen. Unternehmen haben sich vorbildlich verhalten.

Die Firma Trumpf aus Ditzingen hat allein im November und Dezember 2009 am Stammsitz Ditzingen und im Werk Hettingen auf der Schwäbischen Alb rund 24.000 Stunden für Qualifizierungsmaßnahmen in der Krise aufgewendet. So konnte die technologische Spitzenstellung in der Krise behauptet werden.

Arbeitgeber und Gewerkschaften haben in gemeinsamer Verantwortung Beschäftigung gesichert, wirtschaftliche Substanz erhalten und vor allem wertvolles Know-how bewahrt.

Meine Damen und Herren, das ist unser baden-württembergisches Modell echter Sozialpartnerschaft, ein Wert, der weiter trägt als kurzfristiges Kostendenken und glänzende Quartalszahlen. Dieser Wert gehört zum Stammkapital unserer Erfolgsbilanz in Baden-Württemberg. Wir wissen, was wir daran haben.

Richtig ist auch, und auch das darf einmal gesagt werden: Die Politik in Bund und Land war im Kampf gegen die Krise erfolgreich und hat vieles richtig gemacht.

Das neue „Wirtschaftswunder“, wie die Zeitungen jetzt titeln, hat durchaus ganz konkrete Ursachen, und zwar nicht zuletzt in guten politischen Entscheidungen. Nach einer Studie von Ernst & Young bewerten internationale Industriemanager die deutsche Politik im Kampf gegen die Krise besonders positiv. Das ist in erster Linie das Verdienst der Bundesregierung, namentlich von Bundeskanzlerin Angela Merkel, und nicht zuletzt auch der verantwortungsvollen Zusammenarbeit in der Großen Koalition und in der jetzigen christlich-liberalen Koalition.

Mit der Kurzarbeit haben wir hunderttausende Arbeitsplätze gerettet. Mit den Konjunkturpaketen von Bund *und* Land haben wir Aufträge für Handwerk und Industrie gesichert und in unsere Infrastruktur investiert.

Meine Damen und Herren, mit der Entlastung von Millionen Familien haben wir in der Krise die Kaufkraft gestärkt und den Konsum gefördert.

- Eine vierköpfige Familie mit Durchschnittsverdienst hat in diesem Jahr 1 062 € mehr in der Tasche als im Jahr 2009.

- Dabei war mir besonders wichtig – das darf man ja vielleicht auch einmal sagen –, gemeinsam mit der SPD in der Großen Koalition in den überfälligen Abbau der kalten Progression eingestiegen zu sein.

Meine Damen und Herren, wir wollen dies, sobald es geht, fortsetzen, auch wenn sich der abhanden gekommene Partner in der Zwischenzeit daran nicht mehr erinnern will. Wir werden diesen Kurs fortsetzen, weil er richtig ist.

Mit dem Doppelhaushalt 2010/2011 ist es trotz Krise gelungen, die Ausgaben zu verstetigen. Wir haben bewusst nicht in die Krise hineingesparrt, womit wir Krisenfolgen verschärft hätten, sondern wir haben die Ansätze fortgeschrieben und damit die wirtschaftliche Situation stabilisiert.

Nicht zuletzt mit staatlichen Bürgschaften und Eigenkapitalprogrammen haben wir dafür gesorgt, dass die Unternehmen nicht in die Kreditklemme geraten.

Das Krisenmanagement in Deutschland gilt mittlerweile rund um den Globus als mustergültig. Die Welt beneidet uns um diese Politik, mit der wir den Kampf gegen die Krise gut bestanden haben.

Aber, meine Damen und Herren, jetzt geht es darum, dass wir Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze in Baden-Württemberg langfristig sichern. Wir haben dafür die Voraussetzungen und die Potenziale, eine sehr gute Forschungs- und Innovationslandschaft und die breite Verankerung von wachstumsstarken Zukunftsbranchen überall im Land.

Als ersten Schritt müssen wir aber zunächst die Finanzierung des Aufschwungs sichern. Die Unternehmen brauchen jetzt viel frisches Geld, um einzukaufen, um ihre Lager aufzufüllen, um ihren steigenden Forderungsbestand zu finanzieren.

Nach Umfragen sagt nur eines von fünf nicht börsennotierten Unternehmen in Deutschland, dass es zurzeit keine Finanzierungsengpässe gibt. Um dem zu begegnen, habe ich als eine der ersten Entscheidungen meiner Regierung ein Sofortprogramm gestartet, mit dem wir die Kreditversorgung des Mittelstands in Baden-Württemberg gerade im anziehenden Aufschwung wirksam sichern.

Diese Angebote kommen bei der Wirtschaft an, werden nachgefragt und helfen.

- So hat die Nachfrage nach Eigenkapitalfinanzierungen aus dem LEA-Mittelstandsfonds im Jahr 2010 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs deutlich zugenommen.

- Das Antragsvolumen ist von 150 Millionen € auf knapp 200 Millionen € angestiegen. Deshalb haben wir diesen Fonds im März von 350 Millionen € auf 500 Millionen € erhöht.

Aber wir müssen gemeinsam mit der Wirtschaft auch die Frage stellen, wo und wie wir in den nächsten zehn Jahren einen substantiellen Wachstumsgewinn erreichen können, damit Baden-Württemberg weiter Spitze bleibt.

Unsere Unternehmen haben viel Erfahrung damit, sich neue Geschäftsfelder zu erarbeiten, den technologischen Wandel zu gestalten und Innovationsentwicklungen anzuführen.

Beispiele dafür gibt es in allen Bereichen und Regionen.

- Vor wenigen Tagen war ich bei der Groz Beckert Gruppe in Albstadt-Ebingen.
- Das Unternehmen kommt aus der klassischen Textilindustrie auf der Schwäbischen Alb.
- Aus der Stricknadelfabrik von einst hat sich ein High-Tech-Hersteller von Präzisionsteilen entwickelt, die u. a. zum Aufbau komplexer Multi-Chip-Module in der Mikroelektronik benötigt werden.
- 70 Millionen € hat Groz Beckert in der Krise am Stammsitz Albstadt in ein neues Technologiezentrum investiert.
- Im Nachbarort Lautlingen wird gerade eine besonders filigrane Brücke über die Bundesstraße 463 geschlagen.
- Sie wird aber nicht von Stahl, sondern von einer neuartigen textilen Bewehrung getragen.
- Darin, meine Damen und Herren, steckt innovatives Know-How von Groz Beckert.

Erfolgs- und Innovationsgeschichten wie diese markieren unseren einzigartigen Baden-Württemberg-Weg. Diese besondere Fähigkeit müssen wir in den nächsten Jahren noch stärker nutzen, um auf Dauer unseren Stammsplatz als Spielmacher in der immer dynamischeren Aufstellung des globalen Wettbewerbsgeschehens zu behaupten.

Die Fußballweltmeisterschaft, meine Damen und Herren, hat gezeigt: Nur wer heute ständig in Bewegung bleibt, erarbeitet sich auch Chancen für die Zukunft.

Gerade wenn wir eine Gesellschaft mit einer starken Mitte bleiben wollen, eine Gesellschaft, in der Chancen und Wohlstand für alle erreichbar bleiben, dann müssen wir diejenigen sein, die Bewegung ins Spiel bringen und die die entscheidenden Pässe spielen.

Diese Beweglichkeit, diese Mobilität, durchaus in einem umfassenden gesellschaftlichen Sinne, sehe ich als Schlüsselbegriff und als Schlüsselaufgabe für die Politik der nächsten Jahre an.

Mobilität in der Wirtschaft heißt: Wir werden uns noch stärker als ohnehin auf neue Wachstumsbranchen und Wachstumsmärkte zu bewegen müssen.

Ich habe in meiner Regierungserklärung am 10. März angekündigt, ein grundlegendes Expertengutachten zu den zukünftigen Wachstumschancen des Landes erstellen zu lassen.

Dieses Gutachten von McKinsey und vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen liegt seit letzter Woche vor. Vier große Wachstumsfelder sind es, die in den kommenden Jahren ein überdurchschnittliches, dauerhaftes Wachstumspotenzial versprechen.

Diese vier Wachstumskerne bestehen aus den Themenfeldern:

- Nachhaltige Mobilität und automobile,
- Zukunft, Umwelttechnik und Ressourceneffizienz,
- Gesundheit und Pflege
- sowie IT-Dienstleistungen und -Systeme.

Und – das ist entscheidend: Wir starten bei Weitem nicht bei null: Schon heute konzentrieren sich die Forschungskompetenz und die Entwicklungskapazitäten auf diesen Feldern hier bei uns im Land.

Die vier zentralen Wachstumskerne können bis zum Jahr 2020 50 bis 80 Milliarden € zusätzlich zur Wertschöpfung in Baden-Württemberg beitragen.

Wir werden deshalb die wirtschaftspolitische Profilierung des Landes, die Clusterstrategie und die Technologieförderung in Baden-Württemberg noch stärker und deutlicher auf diese Schwerpunktbereiche fokussieren.

McKinsey und IAW halten es für möglich, dass mit dieser Schwerpunktsetzung in den nächsten zehn Jahren ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von jährlich über 2,5 % erreicht werden könnte.

Mit dieser ambitionierten Zielvorgabe werden wir uns auseinandersetzen, um unseren Status im Wettbewerb der erfolgreichsten Wirtschaftsregionen der Welt auch im neuen Jahrzehnt zu behaupten.

Gerade im Bereich der nachhaltigen Mobilität kommt in Baden-Württemberg zurzeit vieles in Bewegung. Daimler und EnBW haben eine strategische Partnerschaft

geschlossen und wollen das Geburtsland des Automobils zur Motorregion für lokal emissionsfreie Elektromobilität machen.

Ziele sind dabei neben der Erprobung von Elektrofahrzeugen auch der Aufbau einer kundenfreundlichen Stromlade- und Wasserstoffinfrastruktur und die Entwicklung neuer intelligenter Lademanagementsysteme.

Die EnBW hat darüber hinaus in Stuttgart einen Feldversuch mit 500 sogenannter „Elektronauten“ gestartet. Sie testen ein Jahr lang Elektroroller im Alltag. Die Audi AG hat angekündigt, in Neckarsulm ein Elektromobilitätszentrum einzurichten und dort in naher Zukunft auch Elektrofahrzeuge produzieren zu wollen.

Ein Konsortium aus Industrie und Vertretern von kleinen und mittleren Unternehmen hat sich formiert, um für 2011 einen Antrag zur „Industrialisierung der Elektromobilität“ beim Spitzenclusterwettbewerb des Bundes vorzubereiten und fristgerecht einzureichen.

Meine Damen und Herren, wir sind dabei, unsere Landesinitiative Elektromobilität sukzessive umzusetzen. Die e-mobil BW als Landesagentur für Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologie hat es in den fünf Monaten seit ihrer Gründung geschafft, ein klares inhaltliches Profil zu entwickeln und sich damit als neue Landesinstitution bei den wichtigsten Akteuren der Elektromobilität – regional und überregional – einen Namen zu machen.

Das Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie in Pfinztal hat mit einem Landeszuschuss von 10 Millionen € – verteilt auf die kommenden fünf Jahre – begonnen, eine neue Projektgruppe „Neue Antriebssysteme“ einzurichten. Ziel ist dabei ein umfassender Ansatz für nachhaltige Mobilität und dezentrale Energieversorgung.

Als Bekenntnis zur Elektromobilität hat die Landesregierung neun Brennstoffzellen- und fünf Batteriefahrzeuge bestellt, von denen eines schon im Einsatz ist. Auch im Bereich Umwelttechnik werden wir unsere heute schon führende Position weiter ausbauen.

Experten schätzen hier die Wachstumspotenziale für Baden-Württemberg bis 2020 auf insgesamt 30 bis 35 Milliarden €.

Das Kabinett hat deshalb beschlossen,

- eine Landesinitiative Umwelttechnik und Ressourceneffizienz zu entwickeln,
- ein Umwelttechnik- und Innovationszentrum einzurichten,
- einen Umwelttechnikatlas zu erstellen,

- und bis Ende des Jahres eine Landesagentur für Umwelttechnik einzurichten, die alle Aktivitäten für Umwelttechnik, Öko-Innovationen und Ressourceneffizienz im Land bündeln soll.

Meine Damen und Herren, diese Anstrengungen sind wichtig. Denn Baden-Württemberg kann heute schon im Bereich der Umwelttechnik viel vorweisen.

Ich nenne beispielhaft die Fotovoltaik.

- Baden-Württemberg gehört zu den führenden Standorten für Photovoltaik in Deutschland: 9.300 Beschäftigte und ein Branchenumsatz von 3,4 Milliarden €.
- 22 % des Solarstroms in Deutschland kommen aus Baden-Württemberg.

Um unseren Anspruch als Umwelttechnikland sichtbar zu unterstreichen, wollen wir außerdem Stuttgart als international führenden Messestandort für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz etablieren. Mit der CEP und der CONSENSE haben wir auf der Landesmesse Stuttgart schon heute die europaweit einzigen internationalen Fachmessen, die sich auf nachhaltiges und umweltgerechtes Bauen spezialisiert haben. Dieses Profil wollen wir weiterentwickeln und ausbauen. Mit anderen Worten: Die „CeBit der Umwelttechnik“ muss in Baden-Württemberg entstehen, meine Damen und Herren.

Und wir bringen die erneuerbaren Energien weiter voran.

- Ihr Anteil am gesamten Energieverbrauch in Baden-Württemberg hat kürzlich erstmals die 10-Prozent-Grenze überschritten.
- Wir sind damit auf einem guten Weg, die ehrgeizigen Ziele unseres Energiekonzepts zu verwirklichen und zugleich den Energiestandort Baden-Württemberg zu stärken.

Meine Damen und Herren, Energiepolitik ist Standortpolitik.

Unsere Industrie ist auf eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung angewiesen – gerade jetzt im neuen Aufschwung. Immer weiter steigende Energiekosten und Versorgungsunsicherheiten sind im globalen Wettbewerb ein Standortnachteil. Wir haben in Deutschland jetzt schon mit die höchsten Stromkosten in Europa.

Experten sagen voraus, dass die Strompreise allein im nächsten Jahr um nochmals 10 % steigen werden. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen e. V. hat berechnet: Der Anstieg der EEG-Vergütungen führt bei einer Familie mit durchschnittlichem Stromverbrauch dazu, dass die Stromrechnung allein im Jahr 2011 um weitere 14 € im Monat steigen wird.

Meine Damen und Herren, um es klar zu sagen: Ich will so schnell wie möglich den Ausbau regenerativer Energien. Ihnen gehört die Zukunft, und für diese Zukunft tun wir alles Mögliche in Baden-Württemberg. Ich möchte, dass wir die Leitungsnetze entsprechend modernisieren und Pufferspeicher aufbauen, damit auch dann noch der Strom aus der Steckdose kommt, wenn der Wind gerade nicht weht.

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte vor allem eines: Ich möchte, dass Energie für Privathaushalte und Unternehmen in diesem Land vor allem bezahlbar bleibt – um das hier ganz deutlich zu sagen. Wir können und wir dürfen nicht immer weiter an der Energiepreisschraube drehen. Das wäre Politik gegen den Industriestandort Baden-Württemberg und gegen Millionen Verbraucher im Land. Hohe Energiepreise sind schädlich für die Wirtschaft, und sie sind vor allem unsozial.

Deshalb bleibe ich dabei: Wir brauchen die Kernkraft als klimafreundliche Brückentechnologie – so kurz wie möglich, aber so lange wie nötig. Wir brauchen sie vor allem, um den Ausbau der erneuerbaren Energieträger zu wirtschaftlich und technisch akzeptablen Bedingungen zu ermöglichen.

Wir brauchen hierzu den Beitrag, den die Kernkraftwerksbetreiber aus ihren zusätzlichen Gewinnen dazu leisten müssen.

Um es klar zu sagen: Ich führe keine Diskussion – weder heute noch zu einem anderen Zeitpunkt –, bei denen die Bösen für die Kernkraft sind und die Guten für die erneuerbaren Energien. Ich bin für beides. Denn nur so können wir den Sprung in ein neues Energiezeitalter wirklich schaffen, meine Damen und Herren.

Aber einen Punkt möchte ich gerade an dieser Stelle zu diesem Thema noch anmerken: Ich habe im März hier in diesem Haus gesagt, dass ich für eine klare Linie stehe, für Berechenbarkeit und Verlässlichkeit. Zu einem solchen Regierungsstil gehört es, auch bei einem vermeintlich umstrittenen Thema, dass man weiß, worauf es ankommt – und nicht primär, was ankommt, meine Damen und Herren.

Als dritter Wachstumssektor bietet die Gesundheitsbranche für unser Land unglaublich große Zukunftspotenziale. Schon heute trägt sie ein Zehntel zur Wirtschaftsleistung im Land bei. Ihr Volumen wird sich in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich verdoppeln.

Die Gesundheitswirtschaft wächst langfristig, weltweit und sie wächst vor allem konjunkturunabhängig.

Für Baden-Württemberg kann eine zusätzliche Wertschöpfung von 15 bis 20 Milliarden € bis zum Jahr 2020 bedeuten, vor allem durch

- neue Behandlungsmethoden, wie die Schlüssellochchirurgie oder die Nanomedizin,
- neue Materialien, etwa für intelligente Implantate,
- und neue Infrastrukturen, z. B. im Bereich der Telemedizin.

Neue Chancen entstehen hier ganz besonders an den Schnittstellen zwischen Mikrosystemtechnik, Nanotechnik, Elektrotechnik und Telematik. Auf allen diesen Gebieten, meine Damen und Herren, hat Baden-Württemberg hervorragende Strukturen, die wir im Verbund zwischen Wirtschaft, Uniklinika und außeruniversitärer Forschung zielgerichtet verknüpfen und ausbauen werden.

Nicht zuletzt sind die Informationstechnik und ihre Anwendungsgebiete für Baden-Württemberg interessante wachsende Märkte. Vor allem Karlsruhe und die Rhein-Neckar-Region, aber auch der Raum Stuttgart gehören schon heute zu den profiliertesten IT-Regionen Europas.

Wir richten in dieser Region gemeinsam mit der Stadt Walldorf und der SAP AG ein IT-Technologie- und Gründerzentrum ein. Dafür haben wir im Doppelhaushalt 2010/2011 zunächst 750.000 € zur Verfügung gestellt.

Informationstechnik wird in Zukunft in immer mehr Produkten stecken, z. B. in neuen Sicherheitssystemen im Autobau. Aber auch intelligente Netze im Energie- oder Verkehrsbereich stützen sich auf Softwarekomponenten.

Hier werden wir besonders darauf zu achten haben, dass das Know-How und der Weiterbildungsstand der Beschäftigten im Land branchenübergreifend mit der rasanten technischen Entwicklung Schritt hält.

Die Landesregierung fördert die IT-Kompetenz gezielt und erfolgreich. Drei Viertel aller Baden-Württemberger sind schon heute online. Damit ist Baden-Württemberg das Flächenland mit der höchsten Internetnutzung in ganz Deutschland. Auch unsere Hochschulen sind bestens gerüstet, um die Nachfrage an Fachkräften bewältigen zu können. So gibt es an baden-württembergischen Hochschulen fast 300 Studiengänge in den Bereichen Informationstechnologie und Medien.

Grundlage bleiben gerade für unsere wirtschaftlichen Perspektiven in Baden-Württemberg auch in Zukunft die Bildung, das Wissen und das Können der Menschen im Land.

Der neue Bildungsvergleich der Kultusministerkonferenz hat einmal mehr belegt und unterstrichen: Wer eine baden-württembergische Schule besucht, der löst ein Erste-Klasse-Ticket für einen chancenreichen Bildungsweg, meine Damen und Herren.

Dieser Ländervergleich hat gezeigt: In vier von fünf untersuchten Testbereichen liegt Baden-Württemberg auf Platz 2 von 16. In einem weiteren Bereich liegt Baden-Württemberg auf Platz 3. Unsere Schüler haben beim Lesen und Schreiben zum Teil mehr als ein Jahr Vorsprung vor Gleichaltrigen in Bremen, Berlin oder Brandenburg.

Meine Damen und Herren, das ist der objektive Erfolg unserer Bildungspolitik, die gleichermaßen auf Innovation und Kontinuität setzt.

Aber wir werden bei diesen Erfolgen nicht stehen bleiben. Auch hier wollen wir mehr Mobilität erreichen. In der Bildungspolitik bedeutet das Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit.

Für mich ist der Aufstieg durch Bildung kein politisches Formelbekenntnis, sondern konkrete persönliche Lebenserfahrung. Deshalb sage ich: Ich möchte alle Voraussetzungen dafür schaffen, dass in Baden-Württemberg jedes Kind – jedes Kind! – unabhängig von seiner Herkunft und unabhängig von seinem Elternhaus, seine Chance auf den besten Bildungserfolg bekommt.

Meine Damen und Herren, wir sind auf gutem Weg:

- Baden-württembergische Jugendliche mit Migrationshintergrund haben beim KMK-Test bundesweit am besten abgeschnitten.
- Bei der Entkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft haben wir seit PISA 2003 große Fortschritte gemacht. Wir liegen jetzt in Teilbereichen bereits im Spitzenfeld.

Aber ich sage auch: Hier liegt noch ein gutes Stück Weg vor uns.

Deshalb wiederhole ich, um dies auch heute einmal mehr klar zu artikulieren: Im Bereich der Bildung wird mit mir nicht zu sparen sein.

Deshalb haben wir für die Bildung von Kindern im Alter zwischen drei und zehn Jahren weitreichende Entscheidungen getroffen und die Weichen richtig gestellt: Das Land übernimmt die Sprachförderung ab dem kommenden Kindergartenjahr direkt.

Nach den Sommerferien wird in den Grundschulen der Klassenteiler auf einen Rutsch auf 28 Schüler sinken. Wir erreichen damit kleinere Grundschulklassen und mit 810 weiteren Lehrerstellen noch bessere Lernbedingungen in diesem entscheidenden Bildungsalter.

Wir haben entschieden, ebenfalls schon im kommenden Schuljahr – jetzt, im September dieses Jahres – auch an über 400 Grundschulen Pädagogische Assistenten einzusetzen. Das gibt es sonst nirgendwo in Deutschland. Damit

schaffen wir z. B. an Grundschulen mit hohem Migrantenanteil mehr und zielgenauere schülerindividuelle Förderung. Das ist Bildungspolitik mit Blick auf Zukunft.

Meine Damen und Herren! Auch die neuen Werkrealschulen werden ihren Beitrag dazu leisten, dass der Aufstieg durch Bildung für alle möglich wird. Sie werden ein großer Erfolg. Nicht zuletzt auch die

Wirtschaft übrigens setzt auf sie. Die IHK Region Stuttgart hat sie zu Recht als – ich zitiere – „zukunftsweisend und einzigartig in der Bundesrepublik“ gelobt.

Ich lade deshalb alle hier im Haus und im ganzen Land ein: Gehen Sie mit auf diesem vielversprechenden Weg, und unterstützen Sie uns dabei, mit der Werkrealschule eine neue, pädagogisch überzeugende Schulform aufzubauen, die unsere starke Bildungslandschaft weiter bereichert.

Das Gutachten von McKinsey sieht einen möglichen Bedarf von zusätzlich etwa 500.000 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2020. Meine Damen und Herren, dieses Fachkräfteangebot in Zeiten des demografischen Wandels auszubauen und zu sichern ist eine gigantische Herausforderung, die wir entschieden anpacken.

Neben den bereits ausgeführten Maßnahmen im Bildungsbereich investieren wir in unsere Hochschulen und schaffen mit dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ 20.000 neue Studienanfängerplätze. Diese Studienanfängerplätze werden jährlich neu besetzt. Deshalb können im Endausbau rund 80.000 Studierende mehr ihr Studium aufnehmen. Das entspricht einer Größenordnung von drei bis vier Universitäten. Dafür werden wir bis 206 Millionen € pro Jahr zusätzlich einsetzen.

Mit unserem Programm „Kinderland Baden-Württemberg“ fördern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen so dafür sorgen, dass engagierte und qualifizierte Frauen im Beruf bleiben können. Wir haben seit dem Jahr 2003 die Mittel für die Kleinkindbetreuung verzehnfacht. Bis zum Jahr 2014 werden diese Mittel kontinuierlich auf 175 Millionen € jährlich anwachsen. Bis im Jahr 2014 werden für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze bereitstehen.

Schließlich muss die Migration für Hochqualifizierte nach Baden-Württemberg erhöht werden, meine Damen und Herren. Vor allem ausländische Absolventen unserer Hochschulen im Land müssen vermehrt nach Beendigung ihres Studiums im Land eine Heimat finden. Das Land wird sich deshalb auf Bundesebene aktiv einsetzen, um die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte zu fördern. Aber ich sage auch: Ich möchte qualifizierte Zuwanderung und nicht Zuwanderung in die Sozialsysteme.

Ein starker Wirtschaftsstandort braucht auch Mobilität, natürlich auch in ihrer klassischen Bedeutung.

Mit dem Bahnprojekt Stuttgart–Ulm wird Baden-Württemberg Standort und Schauplatz für ein einzigartiges Mobilitätskonzept der Zukunft.

Meine Damen und Herren, wir verknüpfen Verkehrsträger. Wir schaffen Vernetzung. Wir gewinnen Entwicklungsflächen. Wir helfen der Umwelt. Wir steigern Lebensqualität und Wertschöpfung.

Es geht aber dabei für unser Land nicht nur um Fahrzeiten und Verbindungstakte. Ein starker Wirtschaftsstandort braucht Mobilität natürlich auch in ihrer klassischen Bedeutung. Es geht darum, wie der Hightechstandort Baden-Württemberg zu Fortschritt und Technik und zu echten Entwicklungschancen steht.

Richten wir uns ein mit dem Gewohnten und lehnen wir Neues aus Bequemlichkeit, Furcht oder Verhinderungsdenken ab oder investieren wir etwas? Verwirklichen wir einen großen Plan und zeigen wir, was wir können?

Meine Damen und Herren, Wohlstand ist kein Selbstläufer. Nicht erst die Krise hat dies gezeigt. Gerade wir Baden-Würtemberger dürfen keine Technikverhinderer sein und bei jeder Technologie immer nur die Risiken sehen. Wir dürfen vor allen Dingen nicht zu träge werden.

Wer Zweckinfrastrukturen von vor 100 Jahren zu Heiligtümern verklärt, der wirft den Standort Baden-Württemberg zurück, meine Damen und Herren.

Ein solch immobiles und im Übrigen populistisches Denken kann sich unser Innovations- und Wachstumsland nicht leisten.

Unsere wichtigen Bahninfrastrukturprojekte, der Rheintalbahnausbau und der Neubau der Strecke Stuttgart–Ulm, verankern unser Land nicht nur geografisch, sondern auch ökonomisch in der Mitte Europas. Nach unserem Selbstverständnis gehören wir da auch hin.

Es war immer unser Ziel, Baden-Württemberg als starkes Land in einem Europa der starken Regionen zu positionieren. Auch wenn jetzt vor allem die Nachfrage aus Asien den Aufschwung trägt – Europa ist und bleibt für die Wirtschaft der Kernmarkt. Auch im Krisenjahr 2009 gingen 57 % der Exporte aus unserem Land in die Länder der Europäischen Union – das ist nur ein Prozentpunkt weniger als im vorangegangenen Boom des Jahres 2008.

Meine Damen und Herren, das macht deutlich: Die Stabilisierung des Euro war nicht zuletzt auch Interessenpolitik für Baden-Württemberg. Vor allem für den baden-württembergischen Mittelstand hat die Gemeinschaftswährung seit ihrer Einführung einen wahren Schub gebracht. Der Euro hat bei grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen Transaktionskosten minimiert und Kursrisiken beseitigt, und er hat vor allem für Transparenz gesorgt.

Aus diesem Grund musste das höchste Ziel in der bisher größten Finanzkrise die Stabilisierung der Euro sein. Deshalb hat die Landesregierung das Euro-Stabilisierungsgesetz aus Überzeugung unterstützt.

Allerdings muss eines auch klar sein: Die Währungsunion darf nicht zur Transferunion werden.

Wir wollen und wir brauchen auf europäischer Ebene nicht auch noch einen Länderfinanzausgleich, der eine bequeme Hängematte für alle spannt, die es mit der Sparsamkeit nicht so richtig genau nehmen. Deshalb ist der Stabilisierungspakt auch kein Freibrief für Defizitsünder oder haushaltspolitische Hasardeure.

Vielmehr müssen wir alles dafür tun, dass künftig strukturelle Fehlentwicklungen in einzelnen Euro-Staaten überhaupt nicht entstehen bzw. schnell erkannt und umgehend korrigiert werden und dass die Überschuldung vieler Euroländer wirksam gestoppt und reduziert wird; denn sie ist das zentrale ökonomische Risiko unserer Industriegesellschaften.

In Baden-Württemberg hatten wir uns schon vor der Krise einen ausgeglichenen Haushalt zum Ziel gesetzt und 2008 und 2009 zweimal vollzogen. Dahin möchte ich so schnell wie möglich zurück.

Meine Damen und Herren, jetzt kommt die Zeit, staatliches Geld aus den Märkten wieder abzuziehen und Schritt für Schritt auf Konsolidierung umzuschalten.

Die Bundesregierung hat dazu mit ihrem Sparpaket einen Fahrplan vorgestellt. Ich sage klar: Ich halte es für eine richtige Entscheidung, die Sanierung des Bundeshaushalts auf der Ausgabenseite anzugehen. Das ist eine bare Selbstverständlichkeit, die jeder Kaufmann, jede Familie und jeder Vereinskassierer zu beherzigen hat. Wer sparen will, muss vor allem weniger ausgeben.

Dass das dann auch die größten Haushaltsposten betreffen muss, ist aber genauso selbstverständlich. Aus diesem Grund ist das Sparpaket – wie ich finde – ordnungspolitisch folgerichtig und vor allem sozialpolitisch maßvoll. Der Sozialetat

macht 50 % des Bundeshaushalts aus. Er trägt aber nur zu 37 % zum gesamten Einsparvolumen bis zum Jahr 2014 bei.

Das hohe Niveau der sozialen Sicherung in Deutschland bleibt voll erhalten. Bei den Renten wird nicht gespart. Um es klar zu sagen: Mit der Landesregierung von Baden-Württemberg ist es nicht zu machen, an die Rentner heranzugehen.

Meine Damen und Herren. Bei der Grundsicherung gibt es im Sparpaket keine Abstriche. Das geplante 12-Milliarden-€-Programm für Bildung und Forschung bleibt unangetastet. Das ist die wirkungsvollste Sozialpolitik für die Zukunft.

Ich verstehe die Besorgnis, die die Sparbeschlüsse bei vielen Menschen auslösen. Aber wir müssen auch die Zahlen auch einmal richtig einordnen. Es muss möglich sein, sie auch sachlich zu diskutieren. 2011 werden im Sozialbereich 3 Milliarden € eingespart – von insgesamt 175 Milliarden €, die der Bund für die soziale Sicherung eingeplant hatte. Das ist weniger als 1,7 %.

Meine Damen und Herren, das ist vertretbar, wenn wir die Ausgaben des Bundes ernsthaft begrenzen wollen und die strukturelle Unterfinanzierung des Bundeshaushalts wirklich beheben wollen. Wer etwas anderes sagt, streut den Menschen Sand in ihre Augen

Ich unterstütze die Sparpolitik der Bundesregierung. Vielleicht geht sie damit nicht den einfachsten Weg. Aber sie zeigt Mut zur Verantwortung, damit wir finanzielle Spielräume zurückgewinnen. Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass Bürgerinnen und Bürger Respekt und Verständnis für diese Politik haben.

Sie wissen sehr viel besser als manche Meinungsmacher glauben, welche Entscheidungen diese Zeit verlangt.

Mit unserem Nachtragshaushalt setzen wir auch in Baden-Württemberg ein Sparsignal. Wir senken die Neuverschuldung in der Krise, im laufenden Etat für 2010/2011 um 50 Millionen €. Im Herbst werden wir für die Zeit nach 2011 erste Sparkonzepte vorlegen, um auch hier im Land klarzumachen: für die Wende von der Konjunktur- zur Konsolidierungspolitik.

Ich möchte dies bewusst vor der Landtagswahl tun, weil wir nicht taktieren, sondern weil wir ehrlich und verlässlich Politik machen.

Unsere Vorschläge werden damit frühzeitig auf dem Tisch liegen, obwohl der aktuelle Doppelhaushalt noch bis zum 31. Dezember 2011 steht und gilt. Der Herbst ist nach meiner Überzeugung der richtige und vor allem der seriöse Zeitpunkt. Denn

einerseits wäre es ein Fehler, zu früh in die letzten Krisenausläufer hineinzusparen. Andererseits können wir so auf der aktuellen Grundlage der neuesten Steuerschätzung planen.

Denn wir brauchen eine Konsolidierungsstrategie der Sorgfalt, der Klarheit und der Glaubwürdigkeit – und kein wildes Spargeschrei, in das die linke Seite dieses Hauses ständig ausbricht.

Meine Damen und Herren, ich möchte Transparenz, Vertrauen und Planbarkeit schaffen. Wir werden über alle Sparentscheidungen offen diskutieren. Dann werden wir auch klar entscheiden. Ich stelle mich dieser Verantwortung mit Energie und Optimismus – im Interesse Baden-Württembergs.

Unser Land hat die Krise gemeistert – als Land der wirtschaftlichen Stärke und der realen Werte, als Land der Partnerschaft und des Zusammenhalts in schwieriger Zeit, aber vor allem auch als Land der Chancen, der Innovationskraft und der Bewegung.

Meine Damen und Herren, das ist unser Baden-Württemberg-Weg.

Wir werden diesen Weg weitergehen.

Wir werden in Baden-Württemberg - gemeinsam und vor allem in enger Partnerschaft mit den Unternehmen, den Arbeitnehmern, der Wissenschaft, den Kammern, den Gewerkschaften und den Verbänden ein neues, nachhaltiges Wachstum schaffen -

- damit unsere Wirtschaft stark bleibt,
- damit die Arbeitnehmer im Land ihre Arbeitsplätze behalten
- und damit Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger auch in Zukunft gut und sicher leben.

Das ist unsere Politik, und dafür arbeiten wir.

Ich danke Ihnen.